

**Niederschrift
zur Sitzung des Bau- und Umweltausschusses der Gemeinde
Moorrege (öffentlich)**

Sitzungstermin: Donnerstag, den 22.11.2018

Sitzungsbeginn: 20:00 Uhr

Sitzungsende: 23:14 Uhr

Ort, Raum: Restaurant Grande Sukredo, Kirchenstraße 28,
25436 Moorrege

Anwesend sind:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jens Braasch	CDU	
Herr Wolfgang Burek	CDU	Vorsitzender
Herr Harald Glashoff	FWM	
Herr Thomas Kasimir	SPD	
Herr Ulrich Möller	FWM	stv. Vorsitzender
Herr Jörg Schneider	Bündnis	
90/Die Grünen		
Frau Ute Tobuschat	SPD	
Herr Bürgermeister Karl-Heinz Weinberg	CDU	
Herr Sören Weinberg	CDU	für Stephan Benkendorf

Außerdem anwesend

Herr Georg Plettenberg	CDU	
Herr Michael Adam	FWM	
Herr Hauke Heidecke	FWM	bis 22.15 Uhr
Herr Axel Mankel	SPD	
Herr Carsten Niedworok	FWM	
Frau Stefanie Willmann	CDU	

Gäste

21 Bürger
Herr Jan Bröder
Herr Sven Heitmann
Herr Hans-Peter Stegert

Presse

Uetersener Nachrichten

Protokollführer/-in

Frau Melanie Pein

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Stephan Benkendorf CDU

Die heutige Sitzung wurde durch schriftliche Ladung vom 12.11.2018 einberufen. Der Vorsitzende stellt fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung keine Einwendungen erhoben werden.

Der Bau- und Umweltausschuss ist beschlussfähig.

Die Sitzung ist öffentlich. Zu Punkt 15 der Tagesordnung wird die Öffentlichkeit ohne Aussprache ausgeschlossen.

Die Tagesordnung wird wie folgt geändert:

Herr Möller bemängelt, dass die eingeladenen Personen in der Einladung nicht namentlich aufgeführt sind. Für die Zukunft bittet er darum, eingeladene Personen unbedingt in der Einladung zu benennen.

Des Weiteren beantragt Herr Möller die Aufnahme des TOPs 5a „Beschlussfassung über die Bezahlung der Rechnung an den Kreis“ und somit Ergänzung der Tagesordnung. Herr Weinberg teilt hierzu mit, dass die Gesprächspartner unter TOP 5 eine Info über den Verlauf des Gespräches geben werden. Anschließend wäre die Angelegenheit in den Fraktionen zu besprechen. Daraufhin ist Herr Möller damit einverstanden, dass TOP 5a nicht ergänzt wird und zunächst der Bericht über das Gespräch angehört wird.

Es wird angeregt, die Tagesordnungspunkte 7 bis 9 aufgrund des gleichen Themas zunächst alle zu beraten, bevor abgestimmt wird.

Herr Adam regt noch an, dass darauf geachtet werden sollte, in der Einladung im Internet und in der Einladung, die versendet wird, der gleiche Sitzungsort genannt wird.

Da Herr Bröder das Brandschutzgutachten erläutern möchte, wird der TOP 3 zu TOP 1 und die weiteren TOPs verschieben sich entsprechend.

Die Tagesordnung wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Daraus ergibt sich folgende **Tagesordnung:**

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Sachstand Brandschutzgutachten Grundschule
2. Mitteilungen
3. Einwohnerfragestunde
 - 3.1. Sachstand Klöterbarg
 - 3.2. Schneeräumung Münsterweg
 - 3.3. Rauchmelder Grundschule
4. Sachstand Heidgraben; Bericht durch Herrn Stegert vom Sielverband
5. Streusalz; Mitteilung über das Gespräch beim Kreis
6. Markierung von Straßeneinmündungen entlang der Pinneberger Chaussee/L 106
Vorlage: 0983/2018/MO/BV
 - 6.1. Prüfung und Erneuerung der Radfurten an den Straßen im Gemeindegebiet; hier: Antrag der SPD Fraktion
Vorlage: 1000/2018/MO/BV
7. Erstellung eines Baumkatasters; hier: Antrag der FWM
Vorlage: 0950/2018/MO/BV
8. Erlass einer Baumschutzsatzung und Erstellung eines Baumkatasters für die Gemeinde Moorrege; hier: Antrag der SPD-Fraktion
Vorlage: 0958/2018/MO/BV
9. Antrag Bündnis90/Die Grünen auf Förderung der Anpflanzung von Bäumen
Vorlage: 0989/2018/MO/BV
10. Ortsentwicklung der Gemeinde Moorrege; hier: Antrag der SPD Fraktion
Vorlage: 0990/2018/MO/BV
11. Beitritt der Gemeinde Moorrege zu RAD.SH
Vorlage: 0995/2018/MO/BV
12. Mittelanmeldungen der Feuerwehr zum Haushalt 2019
Vorlage: 0982/2018/MO/BV
13. Haushaltssatzung 2019; hier Beratung über die für den Ausschuss relevanten Einzelpläne
Vorlage: 0997/2018/MO/HH
14. Verschiedenes

Nichtöffentlicher Teil

15. Bauvoranfragen, Bauanträge und sonstige Anträge

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Sachstand Brandschutzgutachten Grundschule**

Der Vorsitzende erteilt Herrn Bröder das Wort. Dieser stellt sich kurz vor und erläutert auf Wunsch der Ausschussmitglieder die einzelnen Punkte des Brandschutzgutachtens. Brandschutzingenieure werden bei der Bearbeitung von Bauanträgen und Erteilung einer Baugenehmigung eingesetzt. Insbesondere bei Sonderbauten ist ein unabhängiger Brandschutzingenieur einzusetzen. Ein Hauptaugenmerk liegt auf den Schulen, da es sich hierbei um ein prüfpflichtiges Gebäude handelt, in dem sich viele Kinder bzw. Personen aufhalten. Es besteht eine Sorgfaltspflicht.

Bei der Brandverhütungsschau mit dem Kreis Pinneberg hat sich herausgestellt, dass ein Brandschutzkonzept erstellt werden muss. Dieses ist durch einen Sachverständigen/Prüfingenieur zu erarbeiten.

Ein Ingenieurbüro (Butzlaff Tewes) ist bereits mit der Durchführung der erforderlichen Maßnahmen beauftragt und wird in diesem Rahmen eine Prioritätenliste erstellen. Zum jetzigen Zeitpunkt kann keine Aussage über den zeitlichen Rahmen gemacht werden, da die Prioritätenliste noch nicht vollständig erarbeitet ist. Eine entsprechende Vorstellung durch das Architekturbüro erfolgt zu gegebener Zeit im Ausschuss. Bei Aufstellung der Prioritätenliste erfolgt eine enge Abstimmung mit Herrn Bröder. In einer außerordentlichen Sitzung soll eine Vorstellung erfolgen, so der Bürgermeister.

Es wird bemängelt, dass eine Bereitstellung von Haushaltsmitteln im Jahr 2019 sich als schwierig erweist, wenn die genauen in 2019 durchzuführenden Maßnahmen nicht feststehen. Eine Kalkulation der zu erwartenden Kosten erfolgt durch das Büro Butzlaff und Tewes.

Auf Nachfrage erläutert Herr Bröder die Punkte, die aus seiner Sicht am Wichtigsten sind. So sollten zwei unabhängige bauliche Rettungswege sichergestellt werden. Derzeit verhindert das nicht Vorhandensein eine schnelle Rettung durch die Feuerwehr bzw. das Verlassen der Schule. Zudem sollten die Treppenträume und Flure dringend getrennt werden, um so die Flure abzusichern.

Des Weiteren sieht die Schulbaurichtlinie vor, dass eine Alarmierungsanlage vorhanden ist. Die Grundschule hat derzeit keine solche Anlage installiert.

Die Turnhalle wird angesprochen, da es dort nur einen Ausgang gibt. Die Weihnachtsfeier der Schule ist geplant, das Oktoberfest dürfte ausnahmsweise stattfinden. In der Turnhalle sollte es zwei Ausgänge – vorn und hinten – geben. Ein baulicher Rettungsweg sollte sichergestellt werden. Herr Adam fragt, ob die geplante Weihnachtsfeier stattfinden kann, woraufhin der Vorsitzende erklärt, dass hier eine Abstimmung mit der Brandschutzbehörde stattfinden muss und alle rechtlichen Maßnahmen ergriffen werden, damit die Feier stattfinden kann. (Siehe Brandschutzbegehung Oktoberfest der Feuerwehr mit den Sondermaßnahmen. Beim Ordnungs-

amt liegt der Antrag der Schule und wird bearbeitet).

Es kann nur eine schrittweise Abarbeitung des Brandschutzkonzeptes erfolgen. Die Versicherungspflicht wird angesprochen. Der Gemeinde sind die Mängel bekannt, die erforderlichen Maßnahmen sind bekannt. Ohne zeitliche Verzögerung sind diese Mängel abzustellen, sonst muss die Nutzung verboten werden.

Ggfs. sind Zwischenlösungen zu finden.

Der Kreis hatte eine Frist bis zum 30.09.2018 gesetzt, weshalb einige Ausschussmitglieder besorgt sind, weil diese Frist bereits verstrichen ist. Da jedoch die Konzepterstellung bereits veranlasst wurde und durch die Beauftragung des Büros Butzlaff und Tewes der Prozess eingesetzt hat, setzen die Fristen des Kreises aus.

Nach der Vorstellung und Diskussion des Brandschutzgutachtens bedankt sich der Vorsitzende bei Herrn Bröder für deren Ausführungen.

zu 2 Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

zu 3 Einwohnerfragestunde

zu 3.1 Sachstand Klöterbarg

Eine Einwohnerin fragt nach der Sachlage in der Angelegenheit Klöterbarg. Herr Burek erklärt, dass es hier noch Klärungsbedarf gibt, derzeit also keine Bebauung geplant sei. Mit den Fraktionsvorsitzenden soll noch ein Gespräch stattfinden. Der Bürgermeister ergänzt, dass die Einladung zwar bereits erfolgt ist, der Termin jedoch verschoben werden muss.

zu 3.2 Schneeräumung Münsterweg

Eine zweite Einwohnerin erkundigt sich nach der Schneeräumung in der Gemeinde. Nachdem die Bewohner im Winter ihrer Schneeräumspflicht im Münsterweg nachgekommen sind, erfolgt eine Räumung der Straße durch den Bauhof der Gemeinde und sorgt dafür, dass die Einmündung der Stichstraßen wieder geräumt werden müssten. Es gab bereits Beschwerden von Spaziergängern, weil die Wege nicht begehbar wären. Herr S. Weinberg gibt zu Bedenken, dass dasselbe Problem auch in der Wedeler Chaussee vorherrscht und dass dies nicht änderbar sei.

zu 3.3 Rauchmelder Grundschule

Eine Frage wird bezüglich der Rauchmelder in der Grundschule gestellt.

Es ist bekannt, dass Personen eher an Rauchgasen sterben. In diesem Zusammenhang wäre es wichtig, dass die Rauchmelder im Brandfall funktionieren und das Gebäude zügig verlassen werden kann.

Es wird versichert, dass die Rauchmelder auf dem neusten Stand und geprüft sind.

zu 4 Sachstand Heidgraben; Bericht durch Herrn Stegert vom Sielverband

Der Vorsitzende erteilt Herrn Stegert vom Sielverband das Wort. Dieser erläutert das vom Sielverband erarbeitete wasserwirtschaftliche Konzept am Heidgraben in der Gemeinde Moorrege anhand der beigefügten Protokollanlage zu TOP 4.

Laut der Untersuchung wird heutzutage mehr Oberflächenwasser als früher in den Heidgraben eingeleitet. Seinerzeit wurde protokolliert, dass dem Sielverband für die Einleitung von Oberflächenwasser der Gemeinde Moorrege keine Kosten entstehen sollen.

Herr S. Weinberg meint, dass die Pumpkosten nicht allein durch die Gemeinde Moorrege entstanden seien. Die Zahlen sollten durch ein weiteres Gutachten überprüft werden. Ein Beschluss seitens des Ausschusses sei nicht erforderlich bzw. möglich.

Der Vorsitzende bestätigt, dass es sich lediglich um einen Sachstandsbericht handelt. Eine Rücksprache mit der unteren Wasserbehörde des Kreises Pinneberg ist bereits erfolgt. Es sollte ein Siedlungswassergutachten erstellt werden.

Herr Stegert erklärt, dass der Sielverband keine Verantwortung mehr übernehmen kann. Das Abflussvolumen ist laut wasserwirtschaftlicher Untersuchungen gestiegen. Die Einleitungen müssten von 1.000 l/s auf 20 l/s gedrosselt werden. Es sei empfehlenswert ein Regenrückhaltebecken in der Gemeinde zu schaffen. In diesem Fall sollte der Träger des Entwässerungssystems im Verfahren beteiligt werden.

Es gibt eine Diskussion darüber, ob Maßnahmen seitens der Gemeinde ergriffen werden sollten.

Der Bürgermeister führt dazu aus, dass die Verwaltung mit der unteren Wasserbehörde im Dialog steht. Außerdem gab es Gespräche mit Ingenieurbüros. Die Einschätzungen zu diesem Thema sind jedoch sehr unterschiedlich. Entsprechende Fakten folgen.

Es wird auf Nachfrage ausgeführt, dass die Spurbahnen Lander regelmäßig unterhalten werden. Die dort vorhandenen Absackungen befinden sich auf der Seite, auf der keine Gräben vorhanden sind. Es wird vorgeschlagen einen Ortstermin diesbezüglich zu vereinbaren.

zu 5 Streusalz; Mitteilung über das Gespräch beim Kreis

Der Vorsitzende verliest die Gesprächsnotiz (Protokollanlage zu TOP 5). Dieser Sachverhalt soll in den Fraktionen beraten werden, damit anschließend eine Beratung in der Sitzung der Gemeindevertretung erfolgen kann.

Es wird darüber diskutiert, ob der ausstehende Betrag aufgrund seiner Geringfügigkeit nicht einfach bezahlt werden könnte, damit diese Angelegenheit erledigt sei.

Herr Weinberg führt dazu aus, dass es nicht um die Summe an sich, sondern um das Vorgehen des Landrates in dieser Sache geht. Er fragt sich, was die Kommunalaufsichtsbehörde dazu sagen würde, wenn die Gemeinde eine Rechnung bezahlen würde, die rechtlich gesehen bereits verjährt ist. Es geht nicht allein darum, so Herr Adam, ob der Betrag gezahlt wird, sondern viel mehr um die Tatsache, wie interkommunal miteinander umgegangen wird. Die Konsequenzen für die Gemeinde sind zu beachten. Der Bürgermeister macht deutlich, dass der Streudienst anderweitig gesichert ist und aufgrund der nicht gezahlten Rechnung keine Sorge diesbezüglich besteht. Auch stellt er klar, dass es um das Vorgehen an sich geht und nicht um das Geld. Es soll intern in den Fraktionen beraten werden.

Herr Glashoff berichtet über den Winterdienst beim Bauhof. Um 2.30 Uhr wurde durch den Kreis informiert, dass gestreut werden muss. Dabei galt es eine Prioritätenliste abzuarbeiten. Straßen waren zu streuen und der Schulweg musste gesichert werden. Die Zwischenlagerung bei der Straßenmeisterei war hierbei sehr einfach und praktisch. Um 5.00 Uhr mussten die Ausfahrstraßen geräumt sein. Die Fahrzeuge wurden bei der Straßenmeisterei gewaschen und beladen. Durch den Streudienst konnten am Ende des Winters die Bauhofmitarbeiter 200 Überstunden vorweisen.

Dieser Bericht wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

zu 6 Markierung von Straßeneinmündungen entlang der Pinneberger Chaussee/L 106
Vorlage: 0983/2018/MO/BV

Der Vorsitzende erläutert die Beschlussvorlage. Aus dem Antrag wird nicht deutlich, welche Maßnahme als wichtiger eingestuft wird, so Herr Möller.

Bei Frost seien die Rotmarkierungen sehr glatt. Zudem sollten die Einmündungen besser ausgeleuchtet werden. Frau Tobuschat plädiert dafür, dass dort die Straßenbeleuchtung gelbes, warmes Licht bekommen sollte. Der Ausschuss ist sich einig, dass hier gehandelt werden muss, um die betroffenen Bereiche rutschsicher zu gestalten.

Herr Mankel ergänzt, dass auch die Sichtfenster der Hecken gemäß Straßenverkehrsordnung angepasst werden sollten. Durch kaum zurückgeschnittene Hecken wird dieses teilweise stark beeinträchtigt.

Herr Plettenberg schlägt vor, dem Beispiel der Stadt Elmshorn bezüglich der dort vorhandenen Markierungen zu folgen.

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt, dass a) eine Markierung der 6 Straßeneinmündungen an der Pinneberger Chaussee entsprechend des Beispiels der Stadt Elmshorn durchgeführt wird. Das Geld wird entsprechend im Haushalt eingeplant.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 9 Nein: 0 Enthaltung: 0

**zu 6.1 Prüfung und Erneuerung der Radfurten an den Straßen im Gemeindegelände; hier: Antrag der SPD Fraktion
Vorlage: 1000/2018/MO/BV**

Der Antrag der SPD-Fraktion wird kurz erläutert. Anschließend erfolgt die Beschlussfassung.

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt folgenden Beschluss:

1. Die Radfurten an den Straßen Schmiedeweg und Kirchenstraße (jeweils an der Einmündung in die Wedeler Chaussee) werden farblich abgesetzt.
2. Die weiteren auf Straßen in der Gemeinde vorhandenen Radfurten werden auf ihren Zustand geprüft und ggfs. ebenfalls farblich abgesetzt.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 9 Nein: 0 Enthaltung: 0

**zu 7 Erstellung eines Baumkatasters; hier: Antrag der FWM
Vorlage: 0950/2018/MO/BV**

Herr Möller erläutert den Antrag seiner Fraktion und verliest eine Stellungnahme zu den zu diesem Thema eingereichten Anträgen (TOP 7 bis 9).

Es wird begrüßt, dass eine Arbeitsgruppe, ggfs. auch mit Fachleuten, für mehr Transparenz geschaffen werden soll.

Der Unterschied zwischen Baumkataster und Baumschutzsatzung wird verdeutlicht. In einem Baumkataster würden alle Bäume in der Gemeinde aufgeführt werden. In einer Baumschutzsatzung würden Regelungen getroffen werden, wie z. B. unter welchen Voraussetzungen ein Baum gefällt werden darf.

Es wird darüber beraten, ob die von Bündnis 90/Die Grünen geforderten Haushaltsmittel für 2019 in Höhe von 5.000,00 Euro berücksichtigt werden sollten. Diese Mittel sollten unabhängig vom Ergebnis aus der Arbeitsgruppe im Haushalt 2019 bereitgestellt werden.

Jede Fraktion wird 2 Personen für die Arbeitsgruppe benennen, die sich mit dem Thema Baumkataster oder/und Baumschutzsatzung beschäftigen wird.

Man ist sich auch einig, dass die Gemeinde als gutes Beispiel auch tätig werden sollte und zudem das Nachwachsen von Bäumen unterstützt, in dem sie Neuanpflanzungen fördert.

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt folgenden Beschluss:

1. Die Notwendigkeit eines stärkeren Schutzes des Baumbestandes (insbesondere Laubbäume) in Moorrege wird bekräftigt.
2. Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt die Bildung einer Arbeitsgruppe mit je 2 Vertretern der Fraktionen und ggfs. entsprechenden Fachleuten. Die Namen sind der Verwaltung mitzuteilen und ein Treffen der Arbeitsgruppe zu organisieren.
3. Eine Entscheidung über eine Baumschutzsatzung oder die Erstellung eines Baumkatasters wird zunächst zurückgestellt. Die Arbeitsgruppe wird im nächsten Jahr Ergebnisse präsentieren.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 9 Nein: 0 Enthaltung: 0

- zu 8 Erlass einer Baumschutzsatzung und Erstellung eines Baumkatasters für die Gemeinde Moorrege; hier: Antrag der SPD-Fraktion**
Vorlage: 0958/2018/MO/BV

Für Ausführungen siehe TOP 7. Der Antrag der SPD wurde zurückgezogen, da unter TOP 7 behandelt.

- zu 9 Antrag Bündnis90/Die Grünen auf Förderung der Anpflanzung von Bäumen**
Vorlage: 0989/2018/MO/BV

Für Ausführungen siehe TOP 7.

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt, ab dem nächstmöglichen Zeitpunkt das Anpflanzen von standortgerechten, heimischen Baumarten, die sich in das dörfliche und landschaftliche Gesamterscheinungsbild einfügen, zu fördern. Bürger der Gemeinde Moorrege erhalten auf Antrag einen Zuschuss von 50 % der Kosten eines angepflanzten Baumes, maximal 50,00 Euro. Es werden lediglich private, nicht gewerbliche Anpflanzungen gefördert.

Die dafür erforderlichen Mittel von 5.000,00 Euro pro Jahr sind in den Haushalt einzustellen. Für 2019 sind hierfür somit Haushaltsmittel in Höhe von 5.000,00 Euro bereitzustellen.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 9 Nein: 0 Enthaltung: 0

- zu 10 Ortsentwicklung der Gemeinde Moorrege; hier: Antrag der SPD Fraktion**
Vorlage: 0990/2018/MO/BV

Herr Burek erläutert die Sitzungsvorlage. Wichtig ist dem Ausschuss, die Transparenz für den Bürger zu schaffen. Jedoch weist Herr Plettenberg darauf hin, dass ggfs. nicht alle Themen zeitnah aufgrund der Überlastung der Mitarbeiter im Amt geklärt werden können. Es wird erklärt, dass es sich zunächst lediglich um eine Informationsveranstaltung handeln soll, um alle auf den gleichen Stand zu bringen und um darauf dann aufzubauen. Es wäre wünschenswert, wenn die im Antrag genannten Fragen seitens der Verwaltung bis zur nächsten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses geklärt sind.

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt folgende Vorgehensweise:

1. Im ersten Quartal 2019 (Ziel Mitte/Ende Februar) soll es eine nicht öffentliche gemeinsame Informationsveranstaltung für die Mitglieder der Gemeindevertretung und des Bau- und Umweltausschusses ausschließlich zum Thema Ortsentwicklung geben.
2. Der Fachbereich Bauen und Liegenschaften der Amtsverwaltung soll den inhaltlichen Input für die Veranstaltung vorbereiten und auch an der Veranstaltung teilnehmen. Hierbei sollen z. B. Fragestellungen wie
 - a) Welche Flächen in der Gemeinde befinden sich im Gemeindebesitz? Wie ist der baurechtliche Status dieser Flächen?
 - b) Welche wesentlichen unbebauten Flächen im privatem Besitz eignen sich vom Baurecht her für Wohnbebauung?
 - c) Gibt es konkrete Pläne in den Überlegungen der Gemeinde für Bauprojekte?

Ggfs. weitere für eine ausreichende Information und Diskussion erforderliche Fakten sollen vorbereitet werden.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 9 Nein: 0 Enthaltung: 0

zu 11 Beitritt der Gemeinde Moorrege zu RAD.SH
Vorlage: 0995/2018/MO/BV

Die Sitzungsvorlage wird kurz erläutert. Da kein Klärungsbedarf besteht, wird abgestimmt.

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt, dass a) die Gemeinde Moorrege der RAD.SH beitrifft und Mitglied wird.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 9 Nein: 0 Enthaltung: 0

zu 12 Mittelanmeldungen der Feuerwehr zum Haushalt 2019
Vorlage: 0982/2018/MO/BV

Der Wehrführer, Herr Heitmann, beantwortet Fragen zu den Mittelanmeldungen der Feuerwehr. Die Mittelanmeldungen entsprechen nahezu denen des Vorjahres.

Fragen gibt es insbesondere zu der Fertiggarage. Dies sei zunächst eine Idee und Ideallösung der Feuerwehr. Es ist sinnvoll eine geschlossene gegen Diebstahl gesicherte Garage zu errichten. Die Feuerwehr ist hier gesprächsbereit. Nach kurzer Diskussion über Installation einer Solaranlage, wird vorgeschlagen, dass diese Haushaltsmittel zunächst mit einem Sperrvermerk versehen werden sollten. So können diese nach Klärung der baurechtlichen Voraussetzungen freigegeben werden und verwendet werden.

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss nimmt die Mittelanmeldung der Freiwilligen Feuerwehr für den Haushalt 2019 zur Kenntnis. Die beantragten Mittel werden im Haushalt 2019 bereitgestellt. Die Position zur Haushaltsstelle 13000.50000 (Stromgewinnung durch Solarenergie) soll mit einem Sperrvermerk versehen werden.

zur Kenntnis genommen

zu 13 Haushaltssatzung 2019; hier Beratung über die für den Ausschuss relevanten Einzelpläne
Vorlage: 0997/2018/MO/HH

Es gibt keinen weiteren Klärungsbedarf, sodass über die für den Ausschuss relevanten Haushaltsansätze abgestimmt wird.

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss nimmt die für den Ausschuss relevanten Mittelanmeldungen für den Haushalt 2019 zur Kenntnis. Die beantragten Mittel werden im Haushalt 2019 bereitgestellt.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 9 Nein: 0 Enthaltung: 0

zu 14 Verschiedenes

Es liegen keine Punkte vor.

Nichtöffentlicher Teil

zu 15 Bauvoranfragen, Bauanträge und sonstige Anträge

Es liegen keine Bauvoranfragen, Bauanträge oder sonstigen Anträge vor.

Für die Richtigkeit:

Datum: 14.12.2018

(Wolfgang Burek)
Vorsitzender

(Melanie Pein)
Protokollführerin